

Wissen für die Praxis

BGB - Bürgerliches Gesetzbuch Ausgabe 2018

Mit den Nebengesetzen zum Verbraucherschutz, Mietrecht und Familienrecht

Bearbeitet von
Herausgegeben von der Walhalla Fachredaktion

16. Auflage 2017. Buch. 800 S. Gebunden
ISBN 978 3 8029 2092 9
Format (B x L): 12 x 16,5 cm

[Recht > Zivilrecht > BGB Allgemeiner Teil](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

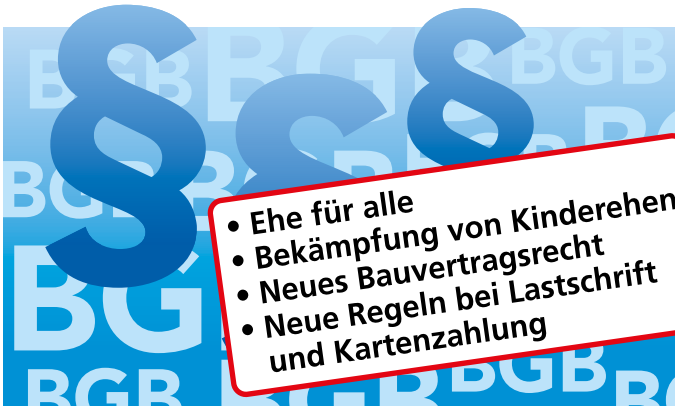
Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

WALHALLA

BGB

Bürgerliches Gesetzbuch

Mit den Nebengesetzen zum Verbraucherschutz,
Mietrecht und Familienrecht



[Wissen für die Praxis]

Das Regelwerk des allgemeinen Privatrechts handlich – umfassend – preiswert

Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlagengesetz unserer privaten Rechtsordnung braucht Jeder bzw. ist in jedem Rechtsunterricht Pflichtstoff.

Neben dem BGB und seinem Einführungsgesetz (EGBGB), die jeweils mit einem ausführlichen Inhaltsverzeichnis ausgestattet sind, enthält der Band die wichtigsten Nebengesetze.

Bürgerliches Gesetzbuch
BGB mit Einführungsgesetz

Verbraucherschutz, Produkthaftung
Allgemeines Gleichbehandlungsg, BGB-InformationspflichtenVO, UnterlassungsklagenG, EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsg, Verbraucherinformationsg, FernunterrichtsschutzG, Telemedieng, Verbraucherstreitbeilegungsg

Mietrecht, Wohnungseigentum
BetriebskostenVO, WohnflächenVO, HeizkostenabrechnungsgVO, WärmelieferungsgVO, Wohnungseigentumsg, Erbaurechtsg

Familienrecht
Lebenspartnerschaftsg, GewaltschutzG, Versorgungsausgleichsg, MindestunterhaltsVO, Düsseldorfer Tabelle

Übersichtlichkeit bringt die thematische Zuordnung, das klare Schriftbild und die zweispaltige Darstellung. Mit ausführlichem Stichwortverzeichnis.

Rechtsstand: 1. September 2017
(inklusive der Änderungen zum 1. Januar 2018)

BGB

Bürgerliches

Gesetzbuch

Mit den Nebengesetzen zum Verbraucherschutz,
Mietrecht und Familienrecht



WALHALLA

Dieses E-Book enthält den Inhalt der gleichnamigen Druckausgabe, sodass folgender Zitiervorschlag verwendet werden kann:

Bürgerliches Gesetzbuch – BGB,
in der Reihe WALHALLA-Textausgaben
Walhalla Fachverlag, Regensburg 2017

Hinweis: Unsere Werke sind stets bemüht, Sie nach bestem Wissen zu informieren. Alle Angaben in diesem Werk sind sorgfältig zusammengetragen und geprüft. Durch Neuerungen in der Gesetzgebung, Rechtsprechung sowie durch den Zeitablauf ergeben sich zwangsläufig Änderungen. Bitte haben Sie deshalb Verständnis dafür, dass wir für die Vollständigkeit und Richtigkeit des Inhalts keine Haftung übernehmen.
Rechtsstand: 1. September 2017
Änderungen zum 1. Januar 2018 sind berücksichtigt

WALHALLA Digital:

Mit den WALHALLA E-Books bleiben Sie stets auf aktuellem Stand!
Auf www.WALHALLA.de finden Sie unser komplettes E-Book- und App-Angebot.
Klicken Sie doch mal rein!

Wir weisen darauf hin, dass Sie die gekauften E-Books nur für Ihren persönlichen Gebrauch nutzen dürfen. Eine entgeltliche oder unentgeltliche Weitergabe oder Leihe an Dritte ist nicht erlaubt. Auch das Einspeisen des E-Books in ein Netzwerk (z. B. Behörden-, Bibliotheksserver, Unternehmens-Intranet) ist nur erlaubt, wenn eine gesonderte Lizenzvereinbarung vorliegt.

Sollten Sie an einer Campus- oder Mehrplatzlizenz interessiert sein, wenden Sie sich bitte an den WALHALLA-E-Book-Service unter 0941 5684-0 oder walhalla@walhalla.de. Weitere Informationen finden Sie unter www.walhalla.de/b2b.

© Walhalla u. Praetoria Verlag GmbH & Co. KG, Regensburg
Dieses E-Book ist nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt.
Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Bestellnummer: 2092600

Jeder braucht das BGB!

Das „Bürgerliche Recht“ regelt als wesentlicher Teil des Zivilrechts die Rechtsbeziehungen und den allgemeinen Rechtsverkehr zwischen Privatpersonen (Bürger, Unternehmen). Es wird daher auch allgemeines Privatrecht genannt.

Zentrale Vorschrift ist dabei das Bürgerliche Gesetzbuch. Kaufverträge, Miete und Vermietung, Aufträge mit Handwerkern, Schadensersatzforderungen, Familien- oder Erbstreitigkeiten, Unterhaltsforderungen bei Trennung und Scheidung, Regeln zur rechtlichen Betreuung, Gleichbehandlung im Rechtsverkehr, Eigentumsrechte an Immobilien oder Grundstücken: Alle diese und viele andere Fragen des täglichen Lebens regeln die im BGB formulierten Grundsatznormen. Zum besseren Verständnis ergänzen, erweitern und spezifizieren die Nebengesetze das BGB.

Diese kompakte Textausgabe ermöglicht schnelles Nachschlagen. Die klare rechts- bzw. themensystematische Gliederung führt schnell zur gesuchten Vorschrift.

Die Leitziffersystematik am oberen Seitenrand erleichtert die Orientierung:

Die erste Zahl entspricht der Abschnittsnummer.

Die zweite Zahl stellt die Ordnungsnummer innerhalb des Abschnitts dar.

II.1 AGG: Allgemeines Gleichbehandlungsg

Die Textausgabe beruht auf dem Rechtsstand 1. September 2017. Alle bis dahin veröffentlichten Änderungen sind berücksichtigt; dies gilt auch, soweit diese erst am 1. Januar 2018 bzw. 13. Januar 2018 in Kraft treten.

Der Gesetzgeber hat 2017 bis zum Ende der Legislaturperiode durch die Bundestagswahl ein wahres „Änderungsfeuerwerk“ gezündet. Dreizehn Änderungsgesetze das BGB/EG BGB betreffend wurden verabschiedet. Elf davon wurden eingearbeitet:

- Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787); in Kraft: 1. Oktober 2017
- Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2780), in Kraft: 29. Juli 2017
- Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745), in Kraft: 29. Juli 2017
- Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446), in Kraft: 22. Juli 2017 bzw. 13. Januar 2018
- Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2429), in Kraft: 22. Juli 2017
- Gesetz zur Änderung der materiellen Zulässigkeitsvoraussetzungen von ärztlichen Zwangsmaßnahmen und zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Betreuten vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2426), in Kraft: 22. Juli 2017

- Gesetz zur Einführung eines familiengerichtlichen Genehmigungsvorbehaltes für freiheitsentziehende Maßnahmen bei Kindern vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2424), in Kraft: 1. Oktober 2017
- Gesetz zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2421), in Kraft: 22. Juli 2017
- Gesetz zur Ergänzung des Finanzdienstleistungsaufsichtsrechts im Bereich der Maßnahmen bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems und zur Änderung der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie vom 6. Juni 2017 (BGBl. I S. 1495), in Kraft: 10. Juni 2017
- Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts, zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung, zur Stärkung des zivilprozessualen Rechtsschutzes und zum maschinellen Siegel im Grundbuch- und Schiffsregisterverfahren vom 28. April 2017 (BGBl. I S. 969), in Kraft: 1. Januar 2018
- Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze vom 21. Februar 2017 (BGBl. I S. 258), in Kraft: 1. April 2017

Keinen Eingang in diese 16. Auflage fanden das „Gesetz zur Regelung des Rechts auf Kenntnis der Abstammung bei heterologer Verwendung von Samen“ vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2513) und das „Dritte Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften“ vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2394). Diese Neuerungen treten erst am 1. Juli 2018 in Kraft. Sie werden in der nächsten Ausgabe berücksichtigt.

Wir wünschen erfolgreiches Arbeiten mit der Walhalla-Textausgabe „BGB – Bürgerliches Gesetzbuch“.

Ihr Walhalla Fachverlag

I Bürgerliches Gesetzbuch

I.1	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	10
I.2	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	463

II Nebengesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch

Verbraucherschutz

II.1	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	616
II.2	Verordnung über Informations- und Nachweispflichten nach bürgerlichem Recht (BGB-Informationspflichten-Verordnung – BGB-InfoV)	627
II.3	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz – UKlaG)	633
II.4	EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz (VSchDG)	644
II.5	Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz – VIG)	656
II.6	Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (Fernunterrichtsschutzgesetz – FernUSG)	662
II.7	Telemediengesetz (TMG)	670
II.8	Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz – VSBG)	680

Mietrecht, Wohnungseigentum

II.9	Verordnung über die Aufstellung von Betriebskosten (Betriebskostenverordnung – BetrKV)	696
II.10	Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche (Wohnflächenverordnung – WoFlV)	700
II.11	Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten (Verordnung über Heizkostenabrechnung – HeizkostenV)	702
II.12	Verordnung über die Umstellung auf gewerbliche Wärmelieferung für Mietwohnraum (Wärmelieferverordnung – WärmeLV)	708
II.13	Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz)	712
II.14	Gesetz über das Erbbaurecht (Erbbaurechtsgesetz – Erbbaurechtsg)	731

Familienrecht

II.15	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG)	739
II.16	Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz – GewSchG)	746
II.17	Gesetz über den Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichsgesetz – VersAusglG)	748

II.18	Verordnung zur Festlegung des Mindestunterhalts minderjähriger Kinder nach § 1612a Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Mindestunterhaltsverordnung)	763
II.19	Düsseldorfer Tabelle	764
	Stichwortverzeichnis	771

I Bürgerliches Gesetzbuch

I.1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	10
I.2 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	463

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)*

**in der Fassung der Bekanntmachung
vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, S. 2909, 2003 S. 738)**

Zuletzt geändert durch
Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen
gleichen Geschlechts
vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787)

*) **Amtlicher Hinweis:** Dieses Gesetz dient der Umsetzung folgender Richtlinien:

1. Richtlinie 76/207/EWG des Rates vom 9. Februar 1976 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (ABl. EG Nr. L 39 S. 40),
2. Richtlinie 77/187/EWG des Rates vom 14. Februar 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen (ABl. EG Nr. L 61 S. 26),
3. Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen (ABl. EG Nr. L 372 S. 31),
4. Richtlinie 87/102/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit (ABl. EG Nr. L 42 S. 48), zuletzt geändert durch die Richtlinie 98/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 zur Änderung der Richtlinie 87/102/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherschutz (ABl. EG Nr. L 101 S. 17),
5. Richtlinie 90/314/EWG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (ABl. EG Nr. L 158 S. 59),
6. Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (ABl. EG Nr. L 95 S. 29),
7. Richtlinie 94/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 1994 zum Schutz der Erwerber im Hinblick auf bestimmte Aspekte von Verträgen über den Erwerb von Teilzeitnutzungsrechten an Immobilien (ABl. EG Nr. L 280 S. 82),
8. der Richtlinie 97/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 1997 über grenzüberschreitende Überweisungen (ABl. EG Nr. L 43 S. 25),
9. Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz (ABl. EG Nr. L 144 S. 19),
10. Artikel 3 bis 5 der Richtlinie 98/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- und Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen vom 19. Mai 1998 (ABl. EG Nr. L 166 S. 45),
11. Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter (ABl. EG Nr. L 171 S. 12),
12. Artikel 10, 11 und 18 der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“, ABl. EG Nr. L 178 S. 1),
13. Richtlinie 2000/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (ABl. EG Nr. L 200 S. 35).

I Bürgerliches Gesetzbuch

I.1	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	10
I.2	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	463

II Nebengesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch

Verbraucherschutz

II.1	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	616
II.2	Verordnung über Informations- und Nachweispflichten nach bürgerlichem Recht (BGB-Informationspflichten-Verordnung – BGB-InfoV)	627
II.3	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz – UKlaG)	633
II.4	EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz (VSchDG)	644
II.5	Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz – VIG)	656
II.6	Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (Fernunterrichtsschutzgesetz – FernUSG)	662
II.7	Telemediengesetz (TMG)	670
II.8	Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz – VSBG)	680

Mietrecht, Wohnungseigentum

II.9	Verordnung über die Aufstellung von Betriebskosten (Betriebskostenverordnung – BetrKV)	696
II.10	Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche (Wohnflächenverordnung – WoFlV)	700
II.11	Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten (Verordnung über Heizkostenabrechnung – HeizkostenV)	702
II.12	Verordnung über die Umstellung auf gewerbliche Wärmelieferung für Mietwohnraum (Wärmelieferverordnung – WärmeLV)	708
II.13	Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz)	712
II.14	Gesetz über das Erbbaurecht (Erbbaurechtsgesetz – Erbbaurechtsg)	731

Familienrecht

II.15	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG)	739
II.16	Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz – GewSchG)	746
II.17	Gesetz über den Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichsgesetz – VersAusglG)	748

II.18	Verordnung zur Festlegung des Mindestunterhalts minderjähriger Kinder nach § 1612a Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Mindestunterhaltsverordnung)	763
II.19	Düsseldorfer Tabelle	764
	Stichwortverzeichnis	771